

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

seit über zwei Monaten zwingt uns die Covid-19-Pandemie einen Ausnahmezustand auf. Die wichtigste Aufgabe ist es in dieser Situation, sich darum zu kümmern, dass die Gesellschaft zusammenhält. Und dass die öffentlichen Einrichtungen funktionieren. Da droht die schwarzgrüne Landesregierung in einigen Bereichen leider zu versagen.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in Kurzarbeit oder sehen sich gar mit dem Verlust ihrer Arbeitsstelle konfrontiert. Andere müssen von zu Hause aus mehr als vorher arbeiten – und zusätzlich noch ihre Kinder betreuen.

Die Eltern mit Kindern im Kita- und Schulalter erleben in diesen Tagen, wie chaotisch die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Kinderbetreuung und des Schulbetriebs gelaufen sind. Den Zuständigen vor Ort,

also den Schulleitungen und Lehrkräften, den Kita-Trägern und den Erzieherinnen und Erziehern ist dabei ausdrücklich kein Vorwurf zu machen – sie tun, was sie können, um die Bildungseinrichtungen für unsere Kinder im Rahmen des Möglichen wieder in Gang zu bringen.

Aber den Rahmen dessen, was möglich ist, setzt die Landesregierung. Vielmehr: Sie müsste ihn setzen. Aber das tut sie nicht, weder für die Schulen noch für die Kitas und Krippen.

Darüber haben wir in dieser Plenarwoche im Hessischen Landtag debattiert. Und wir haben klargemacht: Die SPD ist willens, die nächsten Schritte auf dem Weg in eine neue Normalität aktiv mitzugestalten. Ob die Landesregierung dazu in der Lage ist, muss derzeit offen bleiben.

Ihre Nancy Faeser

FAMILIEN BRAUCHEN EINE PERSPEKTIVE

ANTWORT AUF REGIERUNGSERLÄUTERUNG



Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag über die familienpolitischen Versäumnisse der Landesregierung in der Corona-Krise debattiert. Dem Sozialminister Kai Klose warf Lisa Gnadl dabei mangelndes Interesse für die Lage der Familien in Hessen vor. Dieses Desinteresse manifestierte sich in dem hilflosen Agieren des Ministers in der Frage der Wiedereröffnung der Kindertagesstätten.

„Der Sozialminister müsste den Familien vieles erklären. Aber das tut er nicht, weil er kein Konzept und keinen Plan hat. Die Familien haben – wie alle Menschen in Hessen – Anspruch auf eine Landesregierung, die bereit ist, Verantwortung in dieser schwierigen Zeit zu übernehmen, die Entscheidungsstärke demonstriert, die vorangeht und Wege aufzeigt und die eine offene Kommunikation mit den Betroffenen pflegt. All das haben wir in Hessen nicht“, so der Vorwurf der sozialpolitischen Sprecherin. Gnadl erinnerte daran, welchen Belastungen Familien in den letzten Wochen zwischen Beruf, eigener Kinderbetreuung und Heimunterricht sowie teilweise verbunden mit Existenzängsten und beengten Wohnverhältnissen ausgesetzt

waren. Die Einschränkungen der vergangenen Wochen seien notwendig gewesen, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bekommen. „Der hessische Sozialminister hat in den letzten Wochen Vieles angekündigt und versprochen und nichts davon eingehalten. Da war die Rede von einem ‚eingeschränkten Regelbetrieb‘ in den Kitas für alle Kinder ab dem 2. Juni – tatsächlich wird es auf unabsehbare Zeit nur eine Notbetreuung geben. Es wird Unterstützung für die Kita-Träger angekündigt – und dann will der Minister den Kommunen und Trägern ‚freie Hand‘ lassen, was nichts anderes bedeutet als: ‚Seht selbst zu, wie ihr zurechtkommt.‘ Offensichtlich ist der Minister mit seinem Amt überfordert“, folgerte Gnadl.

DEMO FÜR KINDERBETREUUNG

Am Rande der Plenarwoche demonstrierten Eltern unter dem Motto „Familien in der Krise“ vor der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden, um auf die Folgen der Corona-Krise für Eltern und Kinder aufmerksam zu machen. „Nach zwei Monaten im Ausnahmezustand mit geschlossenen Kitas, Schulen und Sporteinrichtungen haben die Familien ein Recht darauf, von der Landesregierung erklärt zu bekommen, wie es weitergehen soll“, bekräftigte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser die Forderung der Demonstrierenden. Vor allem die Eltern von Kindern im Kita-Alter müssten endlich erfahren, ob, wann und mit welchen

Einschränkungen die Kinderbetreuung wieder in Gang kommen soll. „Es wäre der Job des Sozialministers gewesen, die Träger und Betreiber der Krippen und Tagesstätten zusammenzubringen und mit ihnen einen belastbaren Plan für die nächsten Wochen und Monate zu erarbeiten. Aber Herr Klose duckt sich weg und schiebt die Verantwortung für die Organisation des Kita-Betriebs den Kommunen und den Trägern der Betreuungseinrichtungen zu. Die Eltern, die dringend Planungssicherheit und eine Perspektive brauchen, werden hingehalten und getröstet. Dabei geht es hier nicht um Zuständigkeiten, sondern um po-



litische Führung in einer einmaligen Krisensituation. Diese Führung bietet Minister Klose nicht“, so Faeser. In anderen Bundesländern hätten die jeweiligen Regierungen gemeinsam mit allen Beteiligten konkrete Stufenpläne für den Wiedereinstieg in die institutionelle Kinderbetreuung entworfen. „Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass das Land an dieser Stelle den Familien, den Kommunen und den Trägern der Kitas die Unterstützung verweigert“, kritisierte Faeser.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

CORONA-TESTS IN PFLEGE-EINRICHTUNGEN



Die SPD-Fraktion hat in ihrer aktuellen Stunde gefordert, in den hessischen Alten- und Pflegeeinrichtungen Reihentests auf das neuartige Corona-Virus vorzunehmen. Dr. Daniela Sommer sagte in der Plenardebatte, es sei inzwischen gesichertes Erkenntnis, dass sich nahezu die Hälfte der in Hessen bislang zu beklagenden Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 in den Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen ereignet hätten. „Ältere Menschen gehören zur Hochrisikogruppe für einen schweren Verlauf der Corona-Infektion“, erklärte Sommer. „Deswegen brauchen sie auch besonderen Schutz. Und zu diesem Schutz gehört auch das zielgerichtete Testen der besonders gefährdeten Gruppen und ihres Umfelds. Das bedeutet: Pflegekräfte und Pflegebedürftige müssen auf das Virus getestet werden“, so die gesundheitspolitische Sprecherin. Von Anfang an habe die SPD-Fraktion die Forderung aus der Fachwelt unterstützt, ein flächendeckendes Testmanagement für alle Berufsgruppen und für alle stationären Patienten und Pflegebedürftigen in den Krankenhäusern und Heimen einzurichten, damit die Eindämmung der Infektionen gewährleistet werden kann. Es sei Stand der aktuellen

Forschung, dass Reihentests in den Einrichtungen es möglich machen, Infektionen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern frühzeitig zu erkennen und die entsprechenden Quarantänemaßnahmen zu treffen, um Pflegenden und Pflegebedürftigen zu schützen. Seine Verweigerungshaltung müsse der Gesundheitsminister aufgeben, zumal die erforderlichen Testkapazitäten längst verfügbar seien.

FIZ: KONTROLLE IST AUFGABE DES LANDTAGS

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit umstrittenen Dienstreisen und anderen bedenklichen Vorgängen beim landeseigenen Frankfurter Informationszentrum Biotechnologie GmbH (FIZ) befasst. „Ein Unternehmen, das der öffentlichen Hand gehört und 23 Millionen Euro Steuergelder bekommen hat, macht Schlagzeilen mit teuren Dienstreisen, bei denen der Sinn fraglich ist, mit teuren Hotelübernachtungen und mit der Übernahme von zehntausenden Euro Gebühren für ein Studium eines leitenden Mitarbeiters in der Schweiz. Da ist es die Pflicht des Parlaments, dies zu hinterfragen“, stellte Marius Weiß fest. „Uns interessiert, warum die politische Kontrolle der Landesregierung im Aufsichtsrat offensichtlich nicht funktioniert hat.“ Wichtig sei zu klären, ob der Ministerpräsident seinen Aufsichtsrats-Vorsitz ordnungsgemäß wahrgenommen habe und wie es sein könne, dass



sich die kritisierten Sachverhalte nach Ansicht der Landesregierung ‚im Rahmen der üblichen Geschäftsführung‘ bewegt und keine Verstöße gegen vertragliche Bestimmungen und Compliance-Regeln dargestellt haben sollen.

TOURISMUS IN HESSEN

In der Debatte über die Frage, wie der Tourismus in Hessen gestärkt werden kann, forderte der wirtschaftspolitische Sprecher Tobias Eckert eine bessere Förderung der hessischen Tourismus-Destinationen. „In Hessen hat sich die touristische Entwicklung zwischen den großen Städten und den ländlichen Regionen gegensätzlich entwickelt“, erklärte Eckert. „Wir brauchen geeignete Förderprogramme, um eine planvolle Tourismusentwicklung zu ermöglichen. Gerade die Nachfolgeproblematiken im ländlichen Raum hätte in den Blick genommen werden müssen, denn mit jeder Schließung eines gastronomischen Betriebs verliert der Ort ein Stück Lebensqualität und Attraktivität.“ Seit langem setze sich die SPD-Fraktion für Förderprogramme ein: für touristische Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Qualitätsverbesserung der touristischen Angebote, Fachkräftegewinnung und Innovationsunterstützung. Dies sei jetzt wichtiger denn je, erklärte Eckert und kündigte die Beantragung einer Anhörung im Landtag zum Tourismus in Hessen an.



MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR RADWEGEBAU

VERKEHRSPOLITIK

In Zweiter Lesung hat der Landtag über den Gesetzentwurf zum Ausbau von Radschnellverbindungen in Hessen debattiert. Der von der FDP-Fraktion eingebrachte Entwurf soll dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei der Planung und beim Bau von Radschnellwegen entlastet. „Gerade in Zeiten von Corona ist das Radfahren wichtiger denn je, um fit zu bleiben und sich vor möglichen Ansteckungen zu schützen. Die Landesregierung ist leider erst Anfang der Woche aufgewacht und hat erkannt, dass sie den Radwegeausbau endlich effektiv unterstützen sollte und



ist unserer Forderungen nachgekommen, mehr Mitarbeiter für die Planung bei Hessen Mobil einzustellen“, erklärte Tobias Eckert die Unterstützung für diesen Gesetzentwurf. Gerade von einem grünen Verkehrsminister sei wir mehr Engagement in diesem Bereich in den letzten Jahren zu erwarten gewesen, so Eckert. „Ich erinnere an das Schnecken-tempo der Landesregierung: Von den geplanten 59 Radwegen sind bisher erst acht umgesetzt. Da helfen auch schönen Power-Point-Präsentationen des Ministers nicht weiter“, kritisierte Eckert.

HESSISCHE BAUORDNUNG

Elke Barth kritisierte in der Debatte über die Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO), dass die Koalition erneut die Chance verpasst habe, die HBO grundlegend zu reformieren um das Bauen in Hessen schneller, einfacher und günstiger zu machen. Aus Sicht ihrer Fraktion müssten in der Bauordnung deutlich strengere Fristsetzung für die genehmigenden Kommunalbehörden festgelegt werden. Gerade in Südhessen, wo vergleichsweise viel gebaut werde, beklagten sich Bauherren und Bauträger über vielfältige Verzögerungen auf Seiten der zuständigen Behörden. „Insgesamt ist auch die neueste schwarzgrüne Gesetzesänderung wieder ein Dokument der verpassten Chancen“, kritisierte Barth.



226 RECHTSÄNDERUNGEN IM SCHWEINSGALOPP

SCHULGESETZ

Der Landtag hat ein „Gesetz zur Anpassung des Hessischen Schulgesetzes und weiterer Vorschriften an die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus“ beraten. Der Gesetzentwurf, der in drei Gesetzen und 22 Verordnungen weit über 200 Einzeländerungen vornimmt, war von den Regierungsfractionen von CDU und Grünen eingebracht worden. Christoph Degen kritisierte, dass der Gesetzentwurf kurzfristig und ohne jegliche Beteiligung der Betroffenen eingebracht worden sei. Immerhin gebe es mit dem „ausgesprochen technokratischen“ Entwurf nun

eine Grundlage, die helfen könne, Härten abzufedern. Degen betonte, dass Schülerinnen und Schülern durch die Covid-19-Pandemie in diesem Schuljahr keine Nachteile entstehen dürften. „Die Schulen hatten mit vielfältigen Problemen zu kämpfen. Die Krise hat vor allem deutlich gemacht, wie groß die Defizite sind, die eine zögerliche und wenig vorausschauende Schulpolitik der letzten Jahrzehnte verursacht hat. Die Umstellung auf digitales Lernen hat gezeigt, wie groß die Unzulänglichkeiten in diesem Bereich sind. Lehrermangel und Sanierungsstau der Schulgebäude



haben die Situation noch erheblich verschärft“, so Degen in der Debatte. Mit der Abschaffung des Sitzenbleibens sei Schwarzgrün immerhin über den eigenen Schatten gesprungen. Nun müsse aber dringend für eine entsprechende digitale Ausstattung von Lehrenden und Lernenden gesorgt werden.

KEINE ERHÖHUNG DER ABGEORDNETENBEZÜGE

Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise setzt der Hessische Landtag die Anpassung der Bezüge seiner Mitglieder in diesem Jahr aus. „Da die Abgeordneten selber über die Höhe ihrer Bezüge entscheiden müssen, hat sich der Landtag auf ein Index-Verfahren verständigt: Der so genannte ‚Nominalindex‘ für Hessen bildet ab, wie sich die Einkommen aller Hessinnen und Hessen entwickeln haben. Die Bezüge der Abgeordneten werden entsprechend der Veränderung des Index gegenüber dem Vorjahr angepasst“, erklärte dazu der parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. „Für das vergangene Jahr wurde ein Index von plus 2,3 Prozent festgestellt. Wir wollen aber in diesem Jahr



auf die Erhöhung verzichten. Denn sie ist in der Zeit der Corona-Krise nicht angemessen“, so Rudolph. Die SPD-Fraktion habe deshalb gemeinsam mit FDP, CDU und Grünen einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Indexverfahren zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge in diesem Jahr aussetze. „Ich denke, dass wir damit das richtige Zeichen setzen und deutlich machen, dass wir verantwortungsvoll mit unserer Aufgabe umgehen“, unterstrich Rudolph das Anliegen des Antrags. Im Namen der SPD-Fraktion forderte er die Ministerinnen und Minister, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Landesregierung auf, ebenfalls ein klares Zeichen zu setzen und auf eine Erhöhung ihrer Bezüge zu verzichten.

IN MEMORIAM DR. WALTER LÜBCKE

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Nancy Faeser, erinnert an den Regierungspräsidenten von Kassel, der am 2. Juni 2019 von einem Rechtsterroristen ermordet wurde. „Dr. Walter Lübcke wurde ermordet, weil er ein Menschenfreund war. Und weil es ihm gleichgültig gewesen ist, welche Hautfarbe, welche Muttersprache oder welche Staatsangehörigkeit ein Mensch hatte“, sagte Faeser. „Der feige Mord an Dr. Walter Lübcke hat seiner Frau den Ehemann genommen, seinen Söh-

nen den Vater und vielen anderen einen verlässlichen Freund. Wir wissen um den Schmerz und die Trauer der Hinterbliebenen und darum, dass unsere Möglichkeiten, ihnen Trost zu geben, begrenzt sind. Den Schuss, der Dr. Walter Lübcke tötete, hat der Mörder alleine abgefeuert. Aber er hatte Helfer, Unterstützer, Wegbereiter, die das gesellschaftliche Klima in unserem Land vergiftet haben. Diese geistigen Brandstifter sind es, die der rechten Gewalt, dem rechten Terror den Weg bereiten.

„Die Einschränkungen unserer Freiheitsrechte sind kein Selbstzweck“, sagte Heike Hofmann in ihrer Rede im Plenum, „sie dienen vielmehr dem Schutz von Leib, Leben und Gesundheit. Kollidierende Grundrechte müssen miteinander abwogen und im Wege des Ausgleichs miteinander in Einklang gebracht werden.“ Um die Pandemie zu bewältigen, müssten sich alle notwendigen Maßnahmen an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und die gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Auswirkungen bedacht werden. „Verschwörungsideologien greifen um sich und rechtsextremistische Gruppierungen, Reichsbürger und Antisemiten schleichen sich in diese Bewegung und instrumentalisieren Bedenken aus der Bevölkerung“, so die Abgeordnete. Dem müsse entschieden entgegengetreten werden.



STÄRKUNG DER DEMOKRATIE

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Martina Häusl-David